

## Die grüne Welle in der französischen Politik

*Lars Weber*

Der Fernsehmoderator und Umweltaktivist Nicolas Hulot hat es mit Hilfe der Medien im französischen Wahlkampf geschafft, die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten für seinen „Ökologischen Pakt“ zu gewinnen. Noch bis vor wenigen Tagen hielt er sich sogar die Möglichkeit offen, selbst als Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen am 22. April anzutreten, um seinen ökologischen Ideen die größtmögliche Geltung zu verschaffen. Zehn Präsidentschaftskandidaten sowie 600.000 Bürger haben bislang den Pakt unterschrieben, der für ein radikales Umdenken in Bezug auf nachhaltige Entwicklung sowie Umwelt- und Klimaschutz plädiert.

Umweltschutz war in Frankreich lange Zeit kein Thema in Öffentlichkeit und Politik; lediglich „Ökos“ mit ihren Organisationen kümmerten sich darum. Die Lobbys der Agrar- und Atomenergie drängten das Thema erfolgreich in ein Schattendasein und auch für die übrige Wirtschaft hatte es keine Relevanz. Die Möglichkeit, mit erneuerbaren Energien zum einen technisch innovativ zu sein und zum anderen auch Arbeitsplätze zu schaffen, wird in Frankreich erst seit neuestem diskutiert. Durch das sehr medienwirksame Auftreten von Hulot und sein eindringliches Appellieren, etwas für den Klimaschutz zu tun, hat sich in der französischen Öffentlichkeit erstmalig die Wahrnehmung umweltpolitischer Themen verändert. Überraschend viele Franzosen wollen für den Umweltschutz Opfer zu bringen.

In einer TNS-Sofres Umfrage ist eine große Mehrheit bereit, weniger Energie und Wasser zu verbrauchen, sowie Müll zu trennen. Aber nur 41 Prozent der befragten Personen sind dazu bereit, ihren PKW weniger zu nutzen als bisher.

Die Herausforderungen für Umwelt und Klima ins Zentrum des politischen Handelns zu rücken, ist das Ziel des „Ökologischen Paktes“. Es handelt sich dabei um ein überparteiliches Anliegen, das sich an Politik und Bürger gleichermaßen richtet. Hulot hat es zusammen mit Forschern der nach ihm benannten Stiftung „Pour la nature et pour l’homme“ entwickelt; vor kurzem ist es in Buchform erschienen und ist bereits ein Bestseller.

Hulot spricht nicht vom Zwang, hinsichtlich Umwelt und Klima umzudenken, sondern sieht es als eine langfristige Chance für neue Arbeitsplätze, für mehr Wissenschaft, aber auch für ein gesünderes Leben im Einklang mit der Natur. Mit dem ‚Umweltwandel‘ könne sogar ein neues Wirtschafts- und Sozialzeitalter aufkommen. Das setze aber ein schnelles Handeln voraus, bevor man vor den drastischen Auswirkungen der Klimaveränderungen eingeholt

würde: „Wir müssen unsere Denkweisen umstellen, genauso wie unsere Art und Weise zu leben und zu produzieren, bevor uns der Klimawandel und die Verknappung der Ressourcen in den Ruin und eine Barbarei stürzen.“

Die Ziele und Maßnahmen des Paktes beziehen sich auf die Politikbereiche Wirtschaft, Energie, Transport, Landschaft, Gesundheit, Steuern, Artenvielfalt, Wissenschaft, Städtebau und Außenpolitik. Von der Wirtschaft wird mehr Nachhaltigkeit gefordert, so dass Produkte lange halten und eventuell repariert oder zumindest recycelt werden können. Dadurch soll der Ressourcen- und Energieverbrauch gesenkt werden. 80 Prozent der in Frankreich produzierten Güter dienen momentan lediglich der einmaligen Verwendung, heißt es in dem Bericht. Das Verhalten des Konsumenten sollte sich dahingehend ändern, dass Produkte nicht mehr gekauft sondern gemietet würden, um von möglichst vielen Personen genutzt zu werden.

### **Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 75 Prozent**

Um gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen, müsse der Verbrauch von Benzin, Kohle und Gas bis 2050 so stark reduziert werden, dass 75 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen würden. Diese drei fossilen Brennstoffe seien hauptverantwortlich für die Konzentration von Kohlendioxid in der Atmosphäre, das den Treibhauseffekt fördere. Darüber hinaus seien diese Ressourcen beschränkt und könnten durch keine andere Energieform quantitativ ersetzt werden. Um dies zu erreichen, schlägt die Stiftung eine progressive Besteuerung dieser fossilen Brennstoffe vor. Diese Maßnahme soll begleitet werden von einem Energiesparplan und der Entwicklung erneuerbarer Energien. Damit gehe einher, dass der Verkehr größtenteils von Straße und Luft auf Schiene und Wasser verlegt werden sollte. 65 Prozent des in Frankreich verbrauchten Mineralöls geht auf Kosten des Straßenverkehrs.

Weitreichende Veränderungen werden im Bereich des Städtebaus gefordert. Das Modell des Städtebaus mit Vorstädten wird in Frage gestellt. Stadt und Land sollten erhalten bleiben. Die Menschen sollten möglichst dort arbeiten, einkaufen und ihren Hobbys nachgehen, wo sie wohnen, damit die Fahrt mit dem Auto überflüssig würde.

Die Landwirtschaft wird ebenfalls als eine der Hauptverursacher des Treibhauseffekts ausgemacht, beispielsweise durch die Verwendung von stickstoffhaltigem Dünger und dem Gebrauch von schweren Maschinen mit hohem Benzinverbrauch. Nicht der intensive Landbau sollte subventioniert werden, sondern ein nachhaltiger, biologischer Anbau. Landwirten sollte speziell durch die Maßnahme der „Kollektiven Restaurants“ ein Markt geboten werden, d.h. dass Kantinen in Schulen, Firmen, Krankenhäusern in geographische Nähe mit Lebensmitteln beliefert würden.

Um dem Umwelt- und Klimaschutz mehr Gewicht einzuräumen, fordert Hulo die Einsetzung eines stellvertretenden Premierministers für nachhaltige Entwicklung. Der Minister sollte dafür sorgen, dass die Prämissen einer nachhaltigen Entwicklung und somit ein Politikwandel Einzug in alle Bereiche wie u.a. Arbeit, Wohnungsbau, Ernährung etc. hat.

Damit das Engagement für die Umwelt nicht nur von oben kommt, sieht die Stiftung eine verstärkte partizipative Demokratie vor. In öffentlichen Debatten sollen die Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung diskutiert werden, wobei die Bürger ihre Vorschläge einbringen könnten. Um sie für diese neue Politik des Umweltschutzes zu gewinnen, sei zuerst eine Informations- und Bildungskampagne notwendig.

### Breiter Konsens von links bis rechts

Der „Ökologische Pakt“ wurde bis auf die extreme Linke und Rechte von allen Präsidentschaftskandidaten unterschrieben. Der Aktivist hat es somit geschafft, dass der Umweltschutz zu einem wichtigen Thema im Wahlkampf geworden ist. Geschickt nutzte er dabei seine eigene Popularität. Bei Wahlprognosen lag er um die 10 Prozent, Stimmen auf die keiner der Kandidaten, allen voran die aussichtsreichsten unter ihnen, Nicolas Sarkozy (Innenminister in der derzeitigen UMP-Regierung) und die Sozialistin Segolène Royal, verzichten möchte. Dies umso mehr, als verschiedene Umfragen gezeigt haben, dass die potentiellen Wähler Hulots fast zu gleichen Teilen aus dem Lager der Sozialisten und der UMP kamen.

Dabei vertreten insbesondere diese beiden Unterzeichner des Umweltpakts durchaus sehr unterschiedliche umweltpolitische Vorstellungen, die zum Teil von der Linie ihrer jeweiligen Partei abweichen. Nicolas Sarkozy möchte die Agrarhilfen teilweise von Umweltkriterien abhängig machen, was von der UMP bisher stets abgelehnt wurde. Die ökologische Landwirtschaft soll nach ihm stark ausgebaut werden und Gemeinschaftsrestaurants beliefern. Eine Umwelt-Steuer soll ebenfalls eingeführt werden, um die Besteuerung von Arbeit zu reduzieren. Umweltverträgliche Produkte sollen durch eine gesenkte Mehrwertsteuer preisgünstiger werden.

Für Sarkozy bilden Marktwirtschaft und Umweltschutz keinesfalls einen Widerspruch: „Durch die Marktwirtschaft schützen wir die Umwelt, da wir versuchen, Marktwirtschaft mit Ethik zu verbinden.“

Segolène Royal, die den Umweltschutz ohnehin zu einem ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen gemacht hat, erklärte in sozialistischer Tradition: „Umweltschutz lässt sich nicht verbinden mit einem Wirtschaftsliberalismus, mit dem Gesetz des Marktes, das kurzfristig kalkuliert und auf die Jagd geht nach allgemeinen Gütern wie Wasser, Erde, Luft.“ Wie der Kandidat der UMP, fordert auch die Sozialistin eine Umwelt-Steuer: bei der Produktion müssten auch die Kosten für die Umweltbelastung berechnet werden: je mehr eine wirtschaftliche Tätigkeit die Umwelt verschmutzt, desto höher sollten die Abgaben sein. Sie spricht sich für ein neues Gesetz aus, das einen verbesserten Umgang mit der Ressource Wasser regeln soll, ein Vorhaben, das die Linksregierung unter Lionel Jospin trotz der Bemühungen der damaligen grünen Umweltministerin nicht auf den Weg bringen wollte. Umweltschutzorganisationen sollen ihren Vorstellungen nach im Auftrag des Staates die Firmen hinsichtlich der Einhaltung von Umweltstandards überprüfen.

Royal möchte den von Hulot geforderten Ministerposten für eine nachhaltige Entwicklung einführen. Sarkozy möchte das Ministerium lediglich auf die Bereiche Umwelt, Transport und Energie begrenzen. Hinsichtlich der Besteuerung fossiler Brennstoffe will der UMP-Kandidat zunächst die soziale Verträglichkeit einer solchen Maßnahme prüfen lassen. Die PS-Kandidatin lehnt diese Abgabe zwar nicht kategorisch ab, bevorzugt aber die Einführung eines Energiesparplans, der möglichst auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollte. Dies sollte beispielsweise durch eine bessere Isolierung der Häuser erfolgen. Einen Anreiz zum Energiesparen soll durch die Besteuerung von Kerosin und vom Gütertransport auf der Straße erfolgen.

Royal will den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 20 Prozent erhöhen. In Frankreich machten erneuerbare Energien von 2001-2005 zwischen 11-16 Prozent des gesamten Energieverbrauchs aus. Die Schwankungen sind auf den hohen Anteil an Wasserenergie zurückzuführen, die sich wiederum nach der gefallenen Regenmenge richtet. Bis 2017 soll die Nuklearenergie auf 50 Prozent zurückgefahren werden.

Die PS-Kandidatin unterstützt die Forderung nach einer nachhaltigen, biologischen Landwirtschaft. Die Gemeinsame Agrarpolitik müsse zu einer ländlichen Entwicklung, einer qualitativ hochwertigen Landwirtschaft und einer Wiederherstellung der Artenvielfalt verändert werden. Der 2008 erstellte Zwischenbericht über die GAP und die französische Ratspräsidentschaft könnten ihrer Meinung nach für eine Neuverhandlung der Agrarpolitik genutzt werden.

Im Bereich Transport präsentierte Royal interessante Ergänzungsvorschläge zum „Ökologischen Pakt“. Die Autoindustrie solle zur Herstellung treibstoffsparender Fahrzeuge gedrängt werden. In Städten könnten nach dem Vorbild Londons Straßengebühren eingeführt werden. Für Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern schlägt die Sozialistin die Einrichtung eines Car Sharing Services vor.

### **Hulot raus, Bove rein oder warum die Grünen nicht von der Umweltwelle profitieren**

Das Nichtantreten von Nicolas Hulot bei den Präsidentschaftskandidaten kommt nicht automatisch der grünen Spitzenkandidaten Dominique Voynet zu Gute. Meinungsforscher gehen davon aus, dass durch Hulots Rückzug viele seiner Unterstützer sich aus Pragmatismus den beiden großen Parteien UMP und PS zuwenden werden, damit ihre Stimmen nicht verloren gehen.

Die ehemalige grüne Umweltministerin Voynet liegt in Umfragen weiterhin bei 2 Prozent: „Hulot ist ein Medienphänomen, aber kein politisches. Die Sympathie, die ihm entgegen schlägt, drückt eher den Wunsch aus, besser zu leben und ein Misstrauen gegenüber der politischen Klasse, als das Verfechten ökologischer Thesen“, kritisiert sie. „Gerade im Bereich der Landwirtschaft- und Steuerpolitik hat sich Hulot stark von unserem Programm inspirieren lassen.“

Die Grünen beanspruchen für sich, nicht nur zu reden wie Hulot, sondern auch zu handeln, wie beispielsweise in der Pariser Stadtregierung, wo sie den Autoverkehr reduziert haben und eine neue Straßenbahnlinie eingeführt haben. In einem offenen Brief an Hulot bemängelt der Sprecher der Grünen Yann Wehring: „Indem du den medialen Raum für die Ökologie einnimmst, ohne jemals Partei zu ergreifen, befürchte ich, dass Du die Debatte zum Stillstand bringst. Allen gefallen, bedeutet keinen zu stören und den Mächtigen ihre Handlungsfreiheit zu lassen.“ Hulot spricht immer von der Allgemeinverantwortung für die Umweltverschmutzung. Wehring fordert die „Schuldigen“ in der Industrie zu benennen und kritisiert, dass sich die Hulot Stiftung u.a. von L'Oréal und EDF finanzieren lässt.

Den Grünen und speziell Voynet wird das Leben zusätzlich schwer gemacht durch die Kandidatur des ehemaligen Bauern José Bové. Bové wurde für seine Protestaktionen, wie beispielsweise der Demolage eines Schnellrestaurants bekannt. Die Franzosen mögen ihn und gaben ihm wegen seines zivilen Ungehorsams den Spitznamen Asterix. Bové trauen sie bezüglich Umweltkompetenz gleich nach Royal am meisten zu. Voynet folgt erst auf dem dritten Platz. Bové ist der Anführer der Globalisierungsgegner.

In den kommenden Tagen wird „Alliance pour la Planète“, ein Zusammenschluss von Umweltschutzorganisationen, eine Rangliste der Präsidentschaftskandidaten veröffentlichen, die angibt, welcher Kandidat die konkretesten Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz für die nächsten fünf Jahre vorschlägt. Bei einer gemeinsamen Konferenz in Paris hatten diese bereits versichert, die Ziele des Paktes im Falle eines Wahlsieges umzusetzen. Damit hat Hulot den Weg für einen neuen Klima- und Umweltschutz in Frankreich geebnet; wie viel davon umgesetzt wird, wird allerdings nicht nur davon abhängen, wer der nächste französische Präsident oder die Präsidentin sein wird, sondern

auch davon, in welchem Ausmaß Bevölkerung und Wirtschaft bereit sein werden, tatsächlich umzudenken und auf lieb gewonnene Gewohnheiten zu verzichten.

---

*Lars Weber ist freier Journalist in Paris und Mitarbeiter des Pariser Büros der FES.*